

STADT GRÜNBERG

Fraktionsantrag

Drucksache VL-16/2022

- öffentlich -

Datum: 14.02.2022

Aktenzeichen	
Federführender Fachbereich	Innere Verwaltung
Bearbeiter/in	

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Bau-, Landwirtschafts-, Umwelt- und Verkehrsausschuss	02.03.2022	vorberatend
Haupt - und Finanzausschuss	08.03.2022	vorberatend
Stadtverordnetenversammlung	10.03.2022	beschließend

Betreff: CDU, SPD, FDP-Antrag Aussetzung der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen

Beschlussvorschlag:

1. Aussetzung der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen d.h. den 5 1 der derzeitigen Straßenbeitragssatzung aus der Satzung heraus zu nehmen.

Die Stadt Grünberg setzt ab dem 01.04.2022 den 5 1 der derzeitigen Straßenbeitragssatzung aus und verzichtet auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen.

2. Erstellung einer Prioritätenliste der gemeindeeigenen Straßen für den Straßenausbau bzw. deren grundhafte Sanierung

Gleichzeitig soll eine Prioritätenliste erstellt werden, die den erforderlichen Straßenausbau und die notwendige grundhafte Erneuerung von gemeindeeigenen Straßen darstellt.

Der Magistrat legt der Stadtverordnetenversammlung den für die beiden Folgejahre zu erwartenden Finanzierungsbedarf zum Ausgleich der nicht zu erhebenden Straßenausbaubeiträge vor.

Begründung:

Nach unserer Überzeugung sind öffentliche Straßen Gemeingut und vom Land zu bezahlen und von jedem Bürger unseres Landes ansonsten kostenfrei zu nutzen.

Straßen sind eine Aufgabe der Daseinsvorsorge, ebenso wie Kindergärten und Schulen. Bau und Unterhalt sind allein Aufgabe des Bundes, des Landes, des Landkreises und der Gemeinden. Die Kosten dafür muss der Steuerzahler in der Gesamtheit tragen und nicht einzelne Grundstückseigentümer. Denn öffentliche Straßen werden von allen Bürgern benutzt, nicht nur von Anliegern.

Aus diesem Grund sehen die Fraktionen der CDU, FPD und SPD eine Ungerechtigkeit: Grundstücksbesitzer müssen für einen Straßenausbau zahlen, andere, welche die gleiche Straße ebenso nutzen, aber nicht.

Darüber hinaus stellen die Straßenausbaubeiträge für die Bürger eine hohe Belastung dar, die im Einzelfall sogar existenzbedrohend sein kann. Die soziale Gerechtigkeit ist hier schon lange nicht mehr gegeben, daher hatte die SPD Fraktion bereits 2019 den Antrag gestellt auf die Erhebung

von Straßenausbaubeiträgen zu verzichten. Seinerzeit mündete der Antrag dann in der jetzt vorliegenden Satzung zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen mit maximal 50% umlegbaren Kosten.

Wir sind der Meinung, dass kein Grundeigentümer für die Unterhaltung der Gemeindestraßen herangezogen werden sollte. Auch die Bundes-, Landes oder Kreisstraßen werden nicht in dieser Form finanziert.

Die Aussetzung der Straßenbeitragserhebung würde eine unsoziale Regelung abschaffen und gleichzeitig die Stadtverwaltung von einem enormen bürokratischen Aufwand befreien, was sich ebenfalls im Haushalt niederschlägt.

Für die Finanzierung der Unterhaltungskosten hat das Land Hessen Sorge zu tragen. Bis zu einer Landesregelung, soll daher für Grünberg auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen verzichtet werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Leitbild:

Anlage(n):

1 CDU, SPD, FDP-Antrag Aussetzung der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen